

"Das Vernünftige und das Mögliche" in Europe

Legende: Im Leitartikel des täglichen Bulletin Europa vom 3. März 1964 begrüßt Emanuele Gazzo, Chefredakteur der Agence Europe, die Einigung über den Sitz der Institutionen, obwohl sie nicht „im Rahmen des Vernünftigen, sondern im Rahmen des Möglichen“ erzielt wurde. Der Kompromiss, der die Fusion der Exekutivorgane vorsieht, ein bedeutendes politisches Ereignis, ist wichtiger als alle Überlegungen praktischer Art, wie beispielsweise die vorhersehbaren Schwierigkeiten bei der Organisation und der Funktionsweise der Institutionen.

Quelle: Europe. Agence internationale d'information pour l'Europe. dir. de publ. Riccardi, Ludovico ; RRéd. Chef Gazzo, Emanuele. 03.03.1965, n° 1186. Bruxelles. "Notes et commentaires".

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL: http://www.cvce.eu/obj/das_vernunftige_und_das_mogliche_in_europe-de-6c1dabb4-529f-43f8-b8f8-37a15467895d.html

Publication date: 05/07/2016



Das Vernünftige und das Mögliche

Trotz der allgemeinen Euphorie, mit der gestern Abend der Abschluss der langen Verhandlungen über den Sitz der Organe aufgenommen wurde, werden wir sicher nicht die technischen und rationalen Gesichtspunkte der letztendlich beschlossenen Lösung verteidigen. Als wir bereits vor einigen Monaten schrieben, dass die Wahl letzten Endes auf die schlechteste der möglichen Lösungen fallen würde, glaubten wir nicht, so gut mit unserer Vorhersage zu liegen. Glücklicherweise konnte Pierre Werner in seinem Bemühen um Rationalität und Funktionalität „Berichtigungen“ einbringen, die den Gesamtvorschlag aufgrund ihrer Kohäsion, ihrer Organisation und ihres funktionellen Charakters insgesamt schließlich akzeptabel gemacht haben. So wird also die Fusion der Exekutivorgane, da sie nicht im Rahmen des Vernünftigen geschehen kann, im Rahmen des „Möglichen“ und des Kompromisses verlaufen. Derzeit befinden sich, wie Herr Werner gestern Abend betonte, Brüssel, Luxemburg und Straßburg in der gleichen misslichen Lage. Es wird also ein ständiges Hin und Her von Beamten und Diensten geben, und die „Pilger“ der Gemeinschaft werden weiterhin keine Pause zwischen ihren Reisen von einer Hauptstadt zur anderen haben. Nun, da eine Einigung erzielt wurde, sollte man dennoch daran erinnern, dass der vor einem Jahr von der luxemburgischen Regierung unterbreitete Lösungsvorschlag, den Tagungsort des Europäischen Parlaments in Luxemburg festzulegen, alles, was die „materiellen Entschädigungen“ angeht, extrem vereinfacht hätte. Dadurch wäre ein großer Teil der praktischen Nachteile, über die man sich beschweren wird, vermieden worden. Vor allem die Verlegung des Ministerrates nach Luxemburg für drei Monate pro Jahr hätte auf diese Weise verhindert werden können, mit all dem, was sie nach sich zieht. Auch wäre der Reiseaufwand reduziert worden, der sich aufgrund der unterschiedlichen Orte ergibt, an denen das Parlament sich organisiert (Sekretariat), arbeitet (Ausschüsse) und tagt (Plenartagungen). Der Vorschlag, den Rat regelmäßig nach Luxemburg zu verlegen, kam nicht von Luxemburg – daran sei für das Protokoll, oder für die Geschichte, erinnert. Und es waren nicht etwa die Luxemburger, die vorschlugen, weitere Verlegungen in die Hauptstadt des Großherzogtums vorzunehmen: Sie beschränkten sich darauf, eine einheitlichere Form für diese Angebote zu finden, die oft aus unterschiedlichen Quellen stammten und daher oft zusammenhanglos waren, wenn sie nicht gerade im Widerspruch zueinander standen.

Daran sollte unserer Meinung nach erinnert werden, da der Gemeinschaft nun eine ziemlich schwierige Zeit der Anpassung und Neuordnung bevorsteht. Und das trägt nicht unbedingt zum reibungslosen Ablauf der Dinge bei.

Wie dem auch sein: Der einstimmige Beschluss der Minister war, wie sie selbst betonen, ein wichtiges Ereignis für die Gemeinschaft. Die Regierungen waren schließlich der Auffassung, dass das Erreichen eines politischen Ziels wie die Fusion der Organe und deren natürliche Fortsetzung, nämlich die Fusion der Gemeinschaften, gewisse praktische Opfer rechtfertigt. Damit haben sie im Hinblick auf die Zukunft sicherlich recht. Die Regierungen haben zugegeben – und dies scheint uns die europäische Substanz dieses Kompromisses zu sein –, dass die Konzentration der im Vertrag vorgesehenen Initiativrechte und der Entscheidungsbefugnisse in einem gemeinsamen Organ, das heißt der Kommission auf der einen und dem Rat auf der anderen Seite, sehr viel wichtiger ist als die Schwierigkeiten, die bei der materiellen Organisation der Arbeit und der Funktionsweise einiger Dienststellen auftreten werden. Nun bedeutet die Konzentration der Initiativ- und Entscheidungsbefugnisse zweifelsohne eine Stärkung der Gemeinschaftsorgane gegenüber den nationalen Befugnissen (sowie eine Vereinfachung der Beziehungen zwischen dem Rat, der zum „Zentrum“ wird, und der Kommission, die langsam in die „Peripherie“ abgeleitet), was beide wissen. Obwohl Frankreich der Fusion lange Zeit ablehnend gegenüber stand, hat es einen positiven Beitrag zu deren Realisierung geleistet. Dieser Beitrag lässt sich teilweise mit anderen Motiven erklären, und insbesondere mit dem Wunsch nach einer vereinten Gemeinschaft mit klar definierten „politischen Dimensionen“, er entspricht jedoch nicht minder einer logischen Auffassung und der französischen Konzeption einer zentralisierten und effizienten Staatsgewalt. Die Effizienz dieses Zentrums müsste es letztendlich ermöglichen, die praktischen Schwierigkeiten zu überwinden, die bei der Organisation der Dienste entstehen können. Wenn diese Dienste von einem einzigen Organ abhängen, das schnelle und einheitliche Entscheidungen treffen kann, dann wird die Rationalität der Funktionsweise automatisch größer.

Die gestern Abend getroffene Entscheidung muss unter einem weiteren Gesichtspunkt positiv beurteilt

werden: dem der Achtung der gemeinschaftlichen Methode, die beinhaltet, dass man die Interessen aller Partner berücksichtigt und mit Geduld und Ausdauer Lösungen sucht, die ihnen nicht oder so wenig wie möglich schaden. Sicherlich wären für das gemeinschaftliche Interesse im engeren Sinne andere Lösungen eher von Vorteil gewesen. Die Tatsache aber, dass letzten Endes darauf verzichtet wurde, dem kleinsten Mitgliedstaat eine Lösung aufzuzwingen (was einige ganz offen vorhatten), die ihn ganz offensichtlich in seinen moralischen Überzeugungen und seinem europäischen – nicht nationalen – Prestige getroffen hätte, sollte hervorgehoben werden und ist gleichzeitig der Beweis dafür, dass der gemeinschaftliche Geist langsam seinen Weg findet, indem er nach und nach eine Politik verdrängt, die nur auf Macht und nationalem Egoismus basiert.